

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : linke Wahl und Markt total?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Linke Wahl und Markt total?

Die Schweiz hat am vergangenen 22. Oktober wieder mal gewählt. Und erst noch «links», wie die Kommentare meinen. Die SP Schweiz feiert den historisch einmaligen Zuwachs um 12 auf 54 (von 200) Nationalratsmandate, der einer Erhöhung des Stimmenanteils von 18,5 auf 21,8 Prozent entspricht. In unserem politisch «stabilen» Land genügt dieser Zugewinn, um von einem «Wahlsieg» oder gar «Erdbeben» zu sprechen. Die Überschätzung des Wahlergebnisses ist umso grotesker, als die Grüne Partei mit einem Verlust von sechs Sitzen den grössten Teil der Zeche bezahlen musste. In der kleinen Kammer hat die Linke mit ganzen 5 (von 46) Sitzen ohnehin wenig zu berichten. Unabhängig von Sitzen und Wahlprozenten stellt sich allerdings die Frage, was die Linke angesichts der Deklassierung des Politischen durch den immer globaler und totaler werdenden Markt überhaupt noch bewirken kann.

«Öffnung», «Modernisierung», «Europa»

Die «Alternative», als die sich die SP darstellte, war *gegen die nationalkonservativen Kräfte* im Gravitationsfeld der Zürcher SVP gerichtet. (Diese ist im Kanton mit 25,5 Prozent zur stärksten Kraft geworden, gefolgt von der SP mit 23 Prozent.) Die letzten Reste des linken «Internationalismus» wurden auf das supranationale «Europa» projiziert. Wer wollte diese «Öffnung» tadeln, zumal die SP sich anerbote, die EU-kompatible «Modernisierung» der Schweizer Wirtschaft sozial abzufedern und ökologisch mitzugestalten?

Aber hat da die SP nicht zuviel versprochen? Die *Marktlogik der EU* folgt zur Zeit

keineswegs den Forderungen nach ökologischem Umbau und sozialer Sicherheit, sondern den Ideologien der Deregulierung und Privatisierung. Innerhalb des EU-Binnenmarktes soll nur bestehen, wer «Standortvorteile» anbietet. Die EU selbst will die «Standortvorteile» des europäischen Wirtschaftsraums gegenüber den USA und gegenüber Japan maximieren. So entsteht ein mörderischer Kampf um «Wettbewerbsfähigkeit», der zu Lohndumping und Sozialabbau führt, auf die Belastung der Umwelt keinerlei Rücksicht nimmt und den Krieg aller gegen alle einleitet.

Es gibt keine tragfähige EU-Option, die sich über die *Ängste in der Bevölkerung* vor dem totalen Markt hinwegsetzen würde. Die Ängste vor Sozialdumping, ökologischer Zerstörung und autoritären Entscheidungsmechanismen sind ja in der realen Entwicklung selbst begründet und nicht nur das Produkt der Demagogie von rechts. Glaubwürdiger könnte die SP für den EU-Beitritt der Schweiz eintreten, wenn es ein – mit den europäischen Schwesterparteien gemeinsam erarbeitetes – mehrheitsfähiges Konzept für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Europa gäbe. Die Behauptung von Peter Bodenmann im Pressedienst seiner Partei (27.10.95), die SP sei «europäisch gesehen beweglicher, linker und ökologischer» als die Schwesterparteien, ist unfreiwillig komisch und zeigt, in welchem desolaten Zustand die europäische Sozialdemokratie insgesamt sich befindet.

Aber es kommt noch schlimmer: Die SP verbreitet die Illusion eines «*sozialen Friedens*» mit dem «*nationalen*» Kapital. In ihren Vorschlägen zur «Wirtschaftspolitik für die Jahre 1994–2005» wird «sozialer Friede» mit munterer Selbstverständlich-

keit als Standortvorteil für die Schweiz propagiert, als ob das Kapital, gar das entfesselte des totalen Marktes, je friedensfähig sein könnte. Und als ob dieser Friede nicht «faul und erlogen» (Helder Camara) wäre, weil er sich weltweit gegen die Armen kehren müsste.

Dazu sei mir eine persönliche Reminiscenz erlaubt: Eine knappe Mehrheit des Berner Parteitags vom Juni 1994 hat auf meinen Antrag hin den «*sozialen Frieden*» als Voraussetzung für die «Attraktivität» des «Wirtschaftsstandortes Schweiz» im erwähnten Wirtschaftspapier *abgelehnt*. Die Parteigewaltigen aber haben darauf ein winziges Sätzchen gestrichen und den Entscheid im übrigen als «Betriebsunfall» bagatellisiert. Der Antrag wollte natürlich einen Richtungswechsel herbeiführen. Die SP sollte sich für eine neue «Internationale» der Arbeit – und auch der Armut – gegen die alte «Internationale» des Kapitals einsetzen...

«Abschied vom Proletariat»

Dass weltweit die *Reichen immer reicher*, die *Armen immer ärmer* werden, ist seit den späten 60er Jahren eine traurige Binsenwahrheit. Zwischen 1970 und 1990 hat sich der Anteil der 20 Prozent Ärmsten am weltweiten Einkommen von 2,3 auf 1,4 Prozent vermindert, während die reichsten 20 Prozent ihren Anteil von 70 auf 82,7 Prozent steigern konnten. Durch die Globalisierung der Märkte und die Struktur Anpassungsprogramme des IWF wird sich an dieser fatalen Entwicklung nichts ändern.

Was sich ändert, ist die Grenze zwischen Erster und Dritter Welt, insoweit diese Welten sich durchdringen, durch eine profitierende Oberschicht *Erste Welt in der Dritten* sich herausbildet, während durch Migrationsströme, aber auch durch Sozialdumping, Massenarbeitslosigkeit und neue Armut *Dritte Welt in der Ersten* entsteht. «Sozialer Friede», alimentiert durch die Verteilung der Beute aus der Dritten Welt, funktioniert nicht mehr. «Billige» Arbeitskräfte dort konkurrenzieren «teure» Ar-

beitskräfte hier. Durch die tendenzielle Angleichung der Lohnniveaus nach unten entsteht eine weltweit neue Proletarisierung – aber vielleicht auch ein weltweit gemeinsames Interesse an der Überwindung dieses globalen Ausbeutungssystems!

Während in der Schweiz die bürgerliche Propaganda der Linken vorwirft, sie betreibe eine standortschädigende «Umverteilung» von oben nach unten (was so falsch nicht wäre), vollzieht sich in Wahrheit das Gegenteil: eine *gigantische Umverteilung von unten nach oben*. Seit Mitte der 80er Jahre nahmen die Löhne weniger zu als die Produktivität. Die «Reallohnücke» betrug letztes Jahr bereits 10 Milliarden Franken. 1983 verdienten die obersten 10 Einkommensprozent noch 37mal mehr als die untersten 10 Prozent, 1991 waren es bereits 48mal mehr. Die obersten 20 Prozent verfügen heute über fast die Hälfte aller Einkommen (45 Prozent) und über 86 Prozent der Vermögen. Die unteren 20 Prozent müssen sich mit 5 Prozent der Einkommen begnügen und haben keinen nennenswerten Vermögensanteil. Definieren wir Armut ab einem Einkommen, das unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens liegt, so waren 1960 erst 4,1 Prozent der Steuerpflichtigen armutsbetroffen, 1990 waren es bereits 25 Prozent.

Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist in der Schweiz so gross geworden, dass die Weltwoche (10.11.94) von einer «*Bananenrepublik*» spricht. Die Kluft zwischen den obersten und den untersten 20 Einkommensprozent ist tatsächlich grösser als in den meisten Industriestaaten. Die Schweiz landet in der Weltrangliste der (gerechten oder besser gesagt: am wenigsten un gerechten) Einkommensverteilung gerade noch auf Platz 26.

Die Zahlen sind bekannt, einige sogar im erwähnten Wirtschaftspapier der SP Schweiz nachzulesen. Warum wurden sie im Wahlkampf nicht thematisiert? Hängt das damit zusammen, dass die von dieser Entwicklung Betroffenen innerhalb der SP kaum mehr zu finden sind? Von «*Arbeiterbewegung*» keine Spur, es sei denn als nost-

algische Erinnerung. Meinungsumfragen zufolge erhält die SP in der heutigen Arbeiterschaft Sympathiewerte von gerade noch sechs Prozent. Und das in einer Zeit, in der ein ehemaliger ABB-Direktor den generellen Lohnabbau von 30 Prozent fordert, während ein Herr Ebner von der BK Vision sein Vermögen in einem Jahr um eine Milliarde Franken erhöht...

Die SP ist eine *Partei der neuen Mittelschichten* geworden. Zu ihnen gehören Lehrkräfte, öffentliche und private Angestellte sowie freie akademische Berufe. Auch im Elektorat kommt die Hälfte aller SP-Stimmen von Leuten, die monatlich zwischen 5000 und 9000 Franken verdienen. Diese Entwicklung muss nicht zum vornherein nur negativ sein. Es gibt die «postmaterialistischen Mittelschichten», die aus ethischer Verantwortung für die Grundwerte von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eintreten. In der Partei selbst engagieren sich zahlreiche Mittelschichts-Angehörige, die im besten Sinne «christlich» sozialisiert worden sind. Dass es für sie eine «Option für die Armen» gibt, liesse sich an unzähligen Beispielen aufzeigen. Der Wahlslogan «Die Schweiz muss wieder sozialer werden» war daher gewiss ernst gemeint.

Aber – und dies ist ein grosses ABER – zur *Option für die Armen* gehört die Erkenntnis, dass die Betroffenen sich selbst befreien, ihre Zukunft aus eigener Kraft gestalten müssen. Und genau diese Erkenntnis kommt einer Partei abhanden, wenn ihr die Menschen fehlen, für die sie sich engagieren will. Mit gutem Willen allein kommt die SP über ein «assistentialistisches» Verhalten nicht hinaus. Sie arbeitet dann eben nur *für* die Armutsbetroffenen, Arbeitslosen, Alleinerziehenden usw., aber nicht *mit* ihnen zusammen. Sie nimmt den Betroffenen die Verantwortung ab, statt sie in das Suchen nach einer gemeinsamen Politik einzubeziehen. Die Menschen, denen geholfen werden soll und muss, sind auf diese Weise in der Politik nicht authentisch vertreten; sie werden von Subjekten der eigenen Befreiung zu Objekten sozialdemokratischer Parteipolitik. Mit

der Folge, dass die wenigsten von ihnen überhaupt noch diese Partei wählen. Einkommensklassen mit weniger als 3000 Franken sind unter den SP-Wählerinnen und -Wählern nur noch mit 10 Prozent vertreten.

Linke Alternative – alternative Linke?

Gibt es eine linke Alternative zur SP? In der Westschweiz hat die PdA markant zugelegt, in der Waadt ihren Stimmenanteil von 4,3 auf 8,9 Prozent verdoppelt. Zu den drei PdA-Sitzen aus der Romandie kommen in der Deutschschweiz je ein Mandat des *Grünen Bündnisses* und der *Frap* hinzu. Aber diese fünf Mandate formieren noch keine «linke Alternative». Wichtiger wäre das Erwachen der «alternativen Linken» in der SP selbst, am wichtigsten aber die Vernetzung der von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen zu einer politischen Kraft.

Darin liegt das Problem dieser Menschen, dass sie ihren Zustand als isoliertes Einzelschicksal verstehen, gar glauben, an ihrer Arbeitslosigkeit oder Armut selber schuld zu sein. Der erste Schritt zur politischen Bewusstseinsbildung der Betroffenen wäre die Befreiung aus dieser Isolation durch Erfahrungs- und Meinungsaustausch, schliesslich auch durch gemeinsames Nachdenken über die strukturellen Ursachen, die Armut hervorbringen. Der zweite Schritt wäre die gemeinsame Formulierung politischer Forderungen und Initiativen. Linke Parteien müssten sich diese Einmischung in «ihre» Politik gefallen lassen. Sie dürften einen derartigen Aufbruch der neuen Unterschicht auch nicht für sich instrumentalisieren, sondern müssten bereit sein, *von den Betroffenen zu lernen*. Auch die «alternative Linke» weiss nicht alles besser. Es gibt Elendserfahrungen, die eine Mittelschichts-Linke gar nicht selber machen kann.

Es braucht aber noch einen weiteren Schritt. Ist nämlich die Globalisierung der Märkte Ursache von Arbeitslosigkeit und Armut im Interesse der «Standortvorteile», dann muss diese Ursache auch global ana-

lysiert und angegangen werden. Das setzt wiederum voraus, dass die Betroffenen nicht nur in einzelnen Ländern, sondern auch weltweit sich vernetzen, damit ihre Stimme in UNO-Organen, NGOs, international agierenden Parteien, Gewerkschaften und Kirchen gehört wird. Der Internationale des Kapitals muss die Internationale der Arbeit und auch der Armut entgegenreten. Wer weiss, vielleicht ist es die Dritte Welt in der Ersten, die gerade diese Entwicklung fördert. Internationale Solidarität entstünde dann aus gemeinsamer Not und gemeinsamem Interesse an deren Überwindung.

Ereigniswahlkampf um Symbole

«Gewonnen» hat die SP die Wahlen durch das, was man heute einen «ereignisorientierten Wahlkampf» nennt. *Das* Ereignis lieferte *Otto Stich* mit seinem scheinbar spontanen, in Wirklichkeit aber von langer Hand vorbereiteten Rücktritt als Bundesrat. Die rechtsbürgerlichen Kräfte taten der SP dabei den Gefallen, die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung überhaupt in Frage zu stellen. Hinzu kam der Sieg nach medialen Punkten über die Zürcher Kuhglocken-Parade der SVP durch eine Europa-Kundgebung am 23. September 1995. Diese Ereignisse, die in der Wahl des «urbanen» Kandidaten *Moritz Leuenberger* in den Bundesrat gipfelten, interessierten Publikum und Medien weit mehr als das Wirtschaftspapier der SPS (oder der politische Standort des neuen Bundesrates).

Der Erfolg dieses Ereigniswahlkampfes anstelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den wichtigsten Themen der Gegenwart bestätigt im nachhinein die *Real satire*, die sich die SP Solothurn mit dem Wahlslogan «kussecht und vogelfrei» leistete.

Eine Partei wächst selten an ihren Erfolgen. So ist wohl auch der Wahlerfolg des Jahres 1995 nicht dazu angetan, der SP die Augen für die Krise zu öffnen, in der sie sich in Tat und Wahrheit befindet. Es bleibt zu befürchten, dass die Partei für die nächsten Wahlen auch nur wieder «Ereignisse»

sucht, die Politik nicht darstellen, sondern bestenfalls symbolisieren.

Das war schon 1943 so, als der letzte vergleichbar hohe «Wahlsieg» der SP stattgefunden und damit die Einsitznahme der SP im Bundesrat eingeleitet hat. Der Stimmenanteil lag allerdings noch bei 28,6 Prozent, während heute runde 22 Prozent schon als «linke Wahl» gelten. *Leonhard Ragaz* hat das damalige Resultat «mit gemischten Gefühlen» zur Kenntnis genommen und die Befürchtung ausgesprochen, «dass die Sozialdemokratie dieses Ergebnis der Wahlen als eine Bestätigung ihrer verhängnisvollen Politik und einen Triumph über die Opposition» (NW 1943, S. 537) betrachten werde. Es gehe der Partei nur noch um die Teilhabe am helvetischen Machtkartell, konkret um die Erringung von einem bis zwei Bundesratssitzen. Ragaz fügte hinzu: «Wir bekommen jenen gouvernementalen Sozialismus, der zu den widerwärtigsten Erscheinungen des politisch-sozialen Lebens gehört und dem echten Sozialismus mehr schadet als alle Feindschaft der Gegner zusammen.»

Wie steht es um die SP des Jahres 1995? Hat sie vollends aufgehört, eine linke Gestaltungsmacht mit systemkritischer Perspektive zu sein oder auch nur sein zu wollen? Dagegen scheint das Wirtschaftspapier zu sprechen, das an der *Überwindung des Kapitalismus* festhält. Wir lesen erstaunliche Sätze wie: «Überwindung des Kapitalismus bedeutet für uns die demokratische Kontrolle aller Wirtschaftsbereiche und die Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Grundbedarf der Menschen in Nord und Süd und auf die Anforderungen der Ökologie. Die demokratische Wirtschaft ist Voraussetzung einer solidarischen Gesellschaft und Völkergemeinschaft.» Voraus geht allerdings die ernüchternde Feststellung, diese Aufgabe stelle sich bestenfalls nach den zwölf Jahren, für die das Papier entworfen wurde. Als ob eine «Überwindung des Kapitalismus», die ernst gemeint wäre, jemals vertagt werden könnte und nicht vielmehr hier und heute beginnen müsste. Auch in der Führung von Wahlkämpfen!